

Regungslose Regierung

Verbandspräsident beschimpft Gewerkschafter und Streikende als »Terroristen«. Mehrheit der Franzosen steht weiter hinter Protesten

Hansgeorg Hermann, Paris

In der Auseinandersetzung um das neue Arbeitsrecht der sozialdemokratischen Regierung unter Staatspräsident François Hollande und Regierungschef Manuel Valls haben die französischen Bosse eine Schlammschlacht gegen Gewerkschafter und Streikende eröffnet. Pierre Gattaz, Präsident des Unternehmerverbands Medef, bezeichnete den Vorsitzenden der Gewerkschaft CGT, Philippe Martinez, und die von ihm vertretenen, seit Wochen gegen das Gesetz kämpfenden Lohnabhängigen als »Terroristen« und »Gauner«. In einem von der Pariser Tageszeitung *Le Monde* verbreiteten Interview erklärte Gattaz, dessen Verband maßgeblich an der Niederschrift des neuen »Code du travail« beteiligt war, die CGT stehe »für Arbeitslosigkeit«. Gewerkschaftschef Martinez hat Gattaz wegen »Verleumdung« angezeigt und klagt auf Unterlassung.

Obwohl Tausende Franzosen wegen der schwersten Regenfälle seit Jahrzehnten und verheerender Überschwemmungen in weiten Teilen des Landes unter Schock stehen, hat ihre Unterstützung für die Kampagne gegen das Gesetz offenbar nicht nachgelassen. Nach Angaben verschiedener Meinungsforschungsinstitute steht immer noch eine klare Mehrheit hinter dem Kampf gegen ein Gesetz, das nach dem Vorbild der deutschen »Agenda 2010« den französischen Arbeitsmarkt an den von der deutschen Regierung vorgegebenen Kurs anpassen und die Unternehmer jenseits des Rheins »wieder konkurrenzfähig« gegenüber ihren Nachbarn machen soll.

Die seit Dienstag abend in Gang gesetzten Streiks der Eisenbahner wurden von der Bevölkerung am Mittwoch mit Gelassenheit hingenommen. Die staatliche Bahngesellschaft SN CF nahm bisher bis zu 50 Prozent der Züge im Nah- und

Fernverkehr aus dem Fahrplan. Am heutigen Donnerstag werden auch die Angestellten der RATP, des Pariser Nahverkehrsverbundes für Métro und Busse, in den Streik treten. Private Fluggesellschaften und Flughafenpersonal haben für das Wochenende den Ausstand angekündigt. Valls drohte den SNCF-Verantwortlichen im Fernsehen unverhohlen mit dem Hinweis, die Zukunft des mit rund 50 Milliarden hochverschuldeten Bahnbetriebs sei »bisher nicht gesichert«.

Die Regierung des mit neoliberalen Vokabular agierenden Premierministers beharrt unterdessen in einer Art Schockstarre auf ihren von der Bevölkerung längst verworfenen Positionen. Der Gang hin zu einem Arbeitsmarkt der Niedriglöhne, hat – wie die Beispiele Griechenland und Spanien zeigen – bisher keine wirkliche Verbesserung für die Lohnabhängigen gebracht, sondern nur Jobs, von deren Erlös die meisten betroffenen Familien ihren Lebensunterhalt nicht mehr bestreiten können.

Den verfassungsrechtlich garantierten Protest gegen Regierungspolitik, gleich welcher Natur, bezeichnete Medef-Chef Gattaz in *Le Monde* dennoch wider besseres Wissen als »Blockaden, die in ihrer Mehrheit illegal sind«. Die streikenden Lohnabhängigen seien in der Mehrzahl »Funktionäre« (Beamte), denen der Arbeitskampf untersagt sei. Er werde der Regierung und seinen Freunden bei den Unternehmern des Landes vorschlagen, »nicht vor einer kaltblütigen, revolutionären Minderheit und ihrer Gewalt zurückzuweichen«. Deren Absichten gingen »weit über die Ablehnung des Gesetzes hinaus« und seien »politisch« motiviert.

Auch Valls' Minister für Wirtschaft und Industrie, Emmanuel Macron, bereist inzwischen das Land, um für die Position der Bosse zu werben. Macron, unter dessen Federführung im vergangenen Jahr schon Deregulierungsmaßnahmen auf dem Arbeitsmarkt zugunsten der Unternehmer mit Hilfe des Verfassungsartikels 49.3 durchgesetzt worden waren, hat inzwischen eine eigene Partei mit dem Namen »En marche!« (Auf geht's!) gegründet, mit der er sich in den kommenden Monaten als Präsidentschaftskandidat der neoliberalen Reformer aus dem Umfeld des Parti Socialiste und des rechtsliberalen bürgerlichen Lagers in Stellung bringen will.

<http://www.jungewelt.de/2016/06-02/026.php>